



Nachrichten aus Brüssel

@ greens87 – stock.adobe.com

Zahnärztliche Versorgung: Soziale Ungleichheit auch in der EU

Nach Angaben der europäischen Statistikbehörde Eurostat konnten im vergangenen Jahr 6,3 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger ab 16 Jahren trotz eines Bedarfes keine zahnärztliche Behandlung in Anspruch nehmen. Gründe dafür waren hauptsächlich finanzielle Einschränkungen, lange Wartezeiten oder eine zu große Entfernung zu zahnärztlichen Einrichtungen. Am stärksten betroffen waren Griechenland (27,1 Prozent), Lettland (16,5 Prozent) und Rumänien (16,2 Prozent). Die niedrigsten Anteile an nicht gedecktem zahnärztlichem Bedarf verzeichneten Malta (0,4 Prozent), Deutschland (0,9 Prozent) und Kroatien (1,1 Prozent).

Besonders auffällig bei diesem Vergleich ist der Unterschied zwischen Menschen mit und ohne Armutsrisiko. EU-weit lag der Anteil der armutsgefährdeten Personen mit ungedecktem zahnärztlichem Bedarf bei 13,7 Prozent, im Vergleich zu nur 5,1 Prozent bei nicht armutsgefährdeten Personen. Die größten Unterschiede wurden in Griechenland und Rumänien festgestellt: In Griechenland berichteten 52,8 Prozent der armutsgefährdeten Bevölkerung über nicht erhaltene notwendige Zahnbehandlungen, verglichen mit 22,7 Prozent der Nicht-Armutsgefährdeten – ein Unterschied von über 30 Prozentpunkten. Ähnlich hoch war die Differenz in Rumänien (43,5 gegenüber 12,6 Prozent). Demgegenüber zeigen Länder wie Deutschland (1,3 Prozentpunkte), Malta (1,5) und Polen (1,7) vergleichsweise geringe Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen.

Dänische EU-Ratspräsidentschaft

Unter dem Motto „Ein starkes Europa in einer Welt im Wandel“ hat Dänemark am 1. Juli turnusgemäß den rotierenden Vorsitz des Rates der Europäischen Union für die kommenden sechs Monate übernommen. Im Rahmen dieses Mandates stellt das skandinavische Land zwei übergeordnete politische Zielsetzungen in den Mittelpunkt der Ratspräsidentschaft: Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit.

Gesundheit wird von den Dänen dabei als Kernbestandteil der europäischen Widerstandsfähigkeit, Versorgungssicherheit und langfristigen Wettbewerbsfähigkeit betrachtet. Im Fokus der Skandinavier stehen vier zentrale gesundheitspolitische Handlungsfelder: Erstens der Abschluss der Beratungen über das sogenannte Pharmapaket, mit dem der Zugang zu Medikamenten verbessert, Innovation gefördert und Zulassungsprozesse beschleunigt werden sollen. Zweitens die Fortsetzungen der Beratungen über den sogenannten Critical Medicines Act zur Stärkung der Lieferketten für wichtige Medikamente, zur Verringerung externer Abhängigkeiten und der Prävention von Versorgungsengpässen. Drittens soll gezielt auf die Resilienz der EU-Gesundheitssysteme bei von Menschen verursachten Krisen oder Naturkatastrophen hingearbeitet werden. Viertens sollen unter der Schirmherrschaft der WHO internationale Abkommen wie die Rahmenkonvention zur Tabakbekämpfung sowie die Pandemiekonvention vorangetrieben werden.

Bericht zur Krise bei den Gesundheitsberufen

Das Europäische Parlament bereitet derzeit einen umfassenden Initiativbericht zur kritischen Lage der Gesundheitsberufe in Europa vor. Unter dem Titel „Ein EU-Gesundheitsarbeitskräfte-Krisenplan“ entwickeln der Ausschuss für öffentliche Gesundheit und der Ausschuss für Beschäftigung Empfehlungen, um den zunehmenden Personalengpässen im Gesundheitswesen zu begegnen.

Ziel des Berichtes ist es, konkrete Maßnahmen zur Gewinnung, Bindung und besseren Unterstützung von medizinischem Personal vorzuschlagen – etwa durch bessere Arbeitsbedingungen, gezielte Aus- und Weiterbildung, psychische Gesundheitsangebote und digitale Unterstützung. Auch die EU-Finanzierungsinstrumente sollen künftig stärker auf Reformen in diesem Bereich ausgerichtet werden. Die Verabschiedung des Berichtes ist für Anfang 2026 vorgesehen.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK

Dental News GOES WhatsApp



JETZT
anmelden und nichts
mehr verpassen!



 **WhatsApp**

**Aktuelle Nachrichten und
Informationen direkt auf
dein Smartphone – egal wo!**